

Meine Stadt – Deine Stadt

Von Autos überfüllte Innenstädte, Lärm und schlechte Luft. Kaum Platz für Begegnungen. Keine lebendige Kultur, abseits von Museen und Theatern. Kaum Möglichkeit zur Mitbestimmung für Menschen, die vor Ort direkt von den Entscheidungen der Politik betroffen sind. Das ist in bayerischen Städten heute leider oft Realität. Wir als GRÜNE JUGEND Bayern wollen uns explizit für ökologische und soziale Stadtplanung, kommunalen Klimaschutz und echte Partizipation einsetzen – kurz: für das gute Leben für alle und einen öffentlichen Raum, der allen gehört!

Um das Leben der Menschen vor Ort konkret zu verbessern, sollte man am besten die Menschen fragen, die auch vor Ort leben! Denn sie können oft am besten beurteilen, was es braucht, um die Stadt für alle so ideal wie möglich zu gestalten.

Jedoch wird vor allem jungen Menschen das Recht auf Mitbestimmung verwehrt oder ihnen sogar die Fähigkeit dazu abgesprochen. Dabei können durch wirksame Partizipationsmöglichkeiten attraktive Angebote für Jugendliche geschaffen werden, so die Abwanderung der Jugend in große Städte verringert und dadurch das Aussterben kleinerer Orte verhindert werden. Gerade Jugendparlamente sind hier eine gute Lösung, da sie nicht nur Ideen von Jugendlichen für Jugendliche konkret umsetzen, sondern auch das Demokratieverständnis stärken. Um junge Menschen zusätzlich politisch zu bilden und sie zu aktiven Mitgliedern der Gesellschaft werden zu lassen, soll auch an Schulen mehr Wert auf Demokratieförderung gelegt werden. Dabei ist es wichtig, dass Schüler*innen aktiv in die Gestaltung ihres Schulalltags eingebunden werden.

Wir als GRÜNE JUGEND Bayern fordern:

- Partizipation junger Menschen fördern, z.B. in Form von Jugendparlamenten, die ernsthaft in den politischen Prozess eingebunden werden und nicht nur Vorschlagsrecht haben.
- Selbstverwaltete Jugendzentren als Ort des Austauschs fördern, dabei auch ein dezentrales Konzept außerhalb der Innenstadt verfolgen. In jeder Kommune in Bayern sollte es mindestens ein Jugendzentrum geben.
- Innovative Möglichkeiten für Bürger*innenbefragungen testen - z.B. Onlinebefragungen
- Gelebte Demokratie an Schulen durch transparente und demokratische Wahlen von Schüler*innenvertretungen, die echtes Mitbestimmungsrecht haben.
- Stärkung von Bürger*innenversammlungen in Dörfern und Stadtteilen, zu konkreten Themen wie großen Baumaßnahmen
- Einführung von Bürger*innensprechstunden vor Gemeinderats- und Stadtratssitzungen
- Online-Beteiligungsformate testen - die eigene Stimmabgabe muss dabei für den*die Wähler*in nachvollziehbar und die gesamte Wahl geheim sein.

Platz da! – Der öffentliche Raum gehört uns allen!

Zum öffentlichen Raum gehören Orte der Begegnungen für alle, aber auch Kulturangebote. Leider sind heute oft die einzigen Orte, an denen (junge) Menschen sich treffen können, an Konsumzwang - durch beispielsweise das Kaufen von Speisen und Getränken - gekoppelt. Diesen Zwang können sich wiederum gerade Menschen in prekären Lebensverhältnissen oft nicht leisten, womit ihnen die Teilhabe am öffentlichen Leben verwehrt wird. Der öffentliche Raum wird zunehmend privatisiert und finanzialisiert, d. h. aus dem Grundbedarf aller wird Profit geschöpft. Die öffentliche Daseinsvorsorge richtet und orientiert sich nicht mehr an Bürger*innen, sondern Konsument*innen, die unter den Folgen – u. a. unter dem genannten Konsumzwang auf öffentlichen Plätzen – leiden. Kulturangebote gibt es oft in Form von Theatern, Opern oder Museen. Für junge Menschen oft kaum attraktiv, Subkulturen werden immer noch nicht genügend gefördert und auf Zwischennutzungen von Gebäuden verdrängt, welche dann oft Luxuswohnungen oder Bürogebäuden weichen müssen. Somit ist Kulturbildung abseits vom klassischen Angebot nahezu unmöglich.

Wir sagen: Schluss damit! Die Stadt gehört uns allen und soll ihren Bewohner*innen vielfältige Räume zur Verfügung stellen, welche eine Aufenthaltsgelegenheit ohne Konsumzwang bieten und jedem Menschen ermöglichen, das regionale Kultur-, Sport- und Bildungsangebot kostenlos wahrzunehmen und selbst mitzugestalten. Zudem müssen wir uns fragen, wie der Platz in der Stadt genutzt wird: Parkplätze müssen weichen, um den öffentlichen Raum wieder den Menschen – und nicht den Autos – zur Verfügung zu stellen. Schließlich braucht es aber auch Platz für Künstler*innen, Verkehrsmittel für alle, Naherholungsraum für die Gesellschaft und unberührte Natur im öffentlichen Raum!

Wir als GRÜNE JUGEND Bayern fordern deshalb:

- Mehr Orte zur freien Nutzung – ohne Konsumzwang - schaffen. Öffentlichen Raum wieder als Raum für Diskurs begreifen.
- Die Förderung von Subkulturen, u. a. durch Möglichkeiten der öffentlichen Wahrnehmung. Die Stadt kann durch Reduktion von konsumorientierter Werbung Raum für Veranstaltungsankündigung lokaler Initiativen schaffen.
- Ein Recht auf Möglichkeiten zur Veranstaltungsankündigung für lokale Vereine, demokratische Parteien und sonstige lokale Gruppierungen schaffen.
- Das Schaffen von Orten, an denen Künstler*innen kostenlos tätig werden können, an denen Menschen aller Altersgruppen und sozialer Schichten, unabhängig der Herkunft, zusammenkommen können, Künstler*innen kostenlos tätig werden können, sowie Förderung sozialer und politischer Arbeit stattfindet.
- Erschwingliche Preise für und attraktive Aufbereitung von bestehenden Kulturangeboten.
- Kostenloser Eintritt in alle kommunale Museen, kurzfristig für Menschen in Ausbildung, langfristig für alle.

Stadtplanung ist das politische Mittel, um unsere Lebensräume für die Herausforderungen der nächsten Jahre fit zu machen! Gerade in Sachen Klimaschutz und Geschlechtergerechtigkeit kann hier viel getan werden: Klimaanpassungsmaßnahmen können die Stadt vor Überhitzung schützen und somit dafür sorgen, dass sie auch in Zukunft

bewohnbar bleibt. Eine Förderung nachhaltiger Mobilität, also Fuß, Rad, Bus und Bahn, stärkt nicht nur den Klimaschutz, sondern entspricht auch unserem feministischen Anspruch: Frauen* sind Hauptnutzerinnen des Bus- und Bahnsystems. Jedoch wurden viele Städte werden für das Auto und nicht für die Bewohner*innen geplant. Zu sehen ist das oft an mangelnden Radwegen, schlecht ausgebautem ÖPNV und kaum Platz für Fußgänger*innen. Es muss klar sein: Jede*r muss unabhängig von Einkommen und eigenem Auto schnell ans Ziel kommen!

Die Idee, dass jede*r ein Auto besitzt, gehört für uns der Vergangenheit an. Stattdessen wollen wir den Platz, welcher bisher für Parkplätze genutzt wird, den Menschen zurückgeben. Hierfür muss die Stellplatzsatzung vor Ort gelockert werden. Das ermöglicht es, den Platz effizient zu nutzen und gleichzeitig günstiger zu bauen. Parallel dazu setzen wir auf Carsharing. Es soll ein flächendeckendes Carsharing-Angebot zur Verfügung gestellt werden, um damit den individuellen Bedarf – und die damit einhergehende Platzverschwendung mit Parkplätzen – an Autos zu verringern.

Auch Steigende Mieten werden zu einem immer größeren Problem und gefährden den sozialen Zusammenhalt. Gerade bayerische Groß-, mittlerweile aber auch Mittelstädte sind davon massiv betroffen. Ein besonders großer Bedarf besteht bei bezahlbaren Mietwohnungen für Menschen in Ausbildung und Familien. Wir setzen dabei auf Nachverdichtung und die effiziente Nutzung des knappen Raums in der Stadt, um nicht noch mehr Grünflächen und Naturräume zu verlieren.

Wir als GRÜNE JUGEND Bayern fordern:

- Erhaltung der Frischluftschneisen
- Grünflächen mit hoher Biodiversität schaffen, daneben vermehrt große, klimaresistente Stadtbäume pflanzen. Auch Vertikal- und Dachbegrünung sollen forciert werden.
- Autofreie Innenstädte bis 2030, dazu gehören auch und besonders die Zentren mittelgroßer Städte, in denen Autoverkehr derzeit die Priorität hat.
- Dass die Gemeinden die Kompetenz erhalten über Bundes- und Staatsstraßen in ihrem Ort im Bezug auf verkehrsrechtliche Anordnungen und Planung, wie zum Beispiel Geschwindigkeitsbegrenzungen, selbst zu entscheiden.
- Dass die Gemeinden die Kompetenz erhalten über Bundes- und Staatsstraßen in ihrem Ort im Bezug auf verkehrsrechtliche Anordnungen und Planung, wie zum Beispiel Geschwindigkeitsbegrenzungen, selbst zu entscheiden.
- Höchstgeschwindigkeit senken: sowohl innerstädtisch, als auch auf Bundesstraßen, die unmittelbar an den innerstädtischen Verkehr anschließen oder als Alternativrouten zu Autobahnen genutzt werden.
- Zentrale Verbindungen in Städten - wie ein Innenstadtring – sollen bevorzugte Spuren für Busse ausweisen.
- Querverbindungen zwischen Dörfern oder Stadtteilen mit dem ÖPNV endlich ausbauen, um diesen zur guten Alternative zur guten Alternative zum Auto zu machen.

- Kommunen sollen sozialer Spaltung, ausgelöst durch Segregation, entgegenwirken. Dabei soll innerhalb eines Wohngebietes darauf geachtet werden, eine vielschichtige Durchmischung sozialen und kommerziellen Wohnraumes zu gewährleisten.
- Wir fordern eine 50%-Quote an einkommensorientierten Wohnungsbau bei Neubauten, insbesondere die öffentlichen Immobilienunternehmen sehen wir hier in der Pflicht, mehr Wohnungen im einkommensorientierten Wohnungsbau auszuweisen.
- Stärkung des Schienenverkehrs, insbesondere (Aus)bau von Straßenbahn- und Stadt-Umland-Bahn-Systemen, sowie die Reaktivierung und Elektrifizierung sämtlicher Bahnstrecken bis 2030.
- Kostenloser ÖPNV - kurzfristig für Menschen in Ausbildung und unter 30, langfristig für alle.
- Ausbau von Fahrrad- und Fußgänger*innenwegen, auch interkommunal. Außerdem sollen gefährliche Kreuzungen massiv ausgebremst und Autofahrer*innen für mögliche Unfälle sensibilisiert werden.
- Mehr Ausleuchtung auch auf abgelegenen Straßen und Wegen in den Kommunen. Diese soll möglichst durch sog. intelligente Straßenlaternen, die sich mittels Bewegungssensoren einschalten, erfolgen.
- Radwege müssen sicher und komfortabel sein. Deshalb fordern wir den (Aus-)bau sogenannter protected bike lanes, also baulich getrennter Radwege mit einer Mindestbreite von 2,30m. Wo keine protected bike lanes möglich sind, fordern wir die Einrichtung von Tempo-30-Zonen.
- Mietpreisdeckel in allen bayerischen Großstädten, massive Investitionen in sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau.
- Prüfung einer möglichen Enteignung zum Zweck von sozialem oder genossenschaftlichen Wohnungsbau. Außerdem sollte der § 176 BauGB vermehrt angewendet werden, um die Spekulation mit brachliegendem baufertigen Baugrund zu verhindern. Das Ende der Spekulation mit Mietobjekten!
- Nachverdichtung im innerstädtischen Bereich und sinnvolle Konzepte zur Leerstandsnutzung.
- Fleischarme und regionale Essensversorgung in Behörden, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen, wobei auf Bezahlbarkeit geachtet werden muss.
- Mehr Möglichkeiten zur Fahrradmitnahme im ÖPNV, sowie ausreichend sichere Fahrradstellplätze an ÖPNV-Knotenpunkten.
- Klimavorbehalt auch auf kommunaler Ebene verankern, z.B. bei städtischen Bauvorhaben.
- Rückkauf und Umgestaltung von Bahnhofsgebäuden zu Verkehrsknotenpunkten und öffentlich nutzbaren Räumen.